

aus Wiesbaden

Nr. 23 – November 2005

*Liebe Genossinnen und Genossen,
die erste große Koalition seit 40 Jahren kann ihre Arbeit aufnehmen. Die SPD hat es sich nicht leichtgemacht, nach dem Wahlergebnis vom 18. September diesen Weg zu gehen. Und für viele Genossinnen und Genossen überwiegt immer noch die berechnete Angst um den möglichen Verlust unserer sozialdemokratischen Identität. Aber es war von Anfang an abzusehen, dass am Ende der Berg- und Talfahrt in den Medien dieses Bündnis stehen würde. Auf den ersten Blick ist das inhaltlich Erreichte ein großer Erfolg für die sozialdemokratische Verhandlungsführung – die CDU musste für den Wunsch ihrer Vorsitzenden, Kanzlerin zu werden, einige Kröten schlucken. Leider wurde die notwendige grundsätzliche Neuausrichtung unserer sozialen Sicherungssysteme – Stichwort Bürgerversicherung - weiter in die Zukunft verschoben. Und die Föderalismusreform bedeutet für die Bildungspolitik, dass bessere Bildung und mehr Chancengleichheit dem ideologischen Klein-Klein der Länder zum Opfer zu fallen drohen. Es bleibt zu wünschen, dass das letzte Wort hier noch nicht gesprochen ist.*

Eure

Heike Habermann

Stabilität beim Mangel

Seit Jahren kündigt die Hessische Landesregierung den bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagsangeboten an. Nicht nur Offenbach hat erfahren müssen, dass diese Ankündigungen wenig mehr als pressewirksame Luftblasen sind - im vergangenen Jahr wurde keine einzige Offenbacher Schule in die Förderung aufgenommen. Da der Antragsstau auch in anderen Städten und Kreisen immer höher wird, hat sich das Kultusministerium mit einem jetzt verkündeten sogenannten Dreijahresprogramm dem Druck entzogen und die Verteilung des Mangels auf die Schulträger abgewälzt. Die Kreise und Kommunen sollen selbst entscheiden, wie sie in den nächsten drei Jahren insgesamt 180 Stellen für Ganztagschulen verteilen. Offenbach erhält eine Zuweisung von drei neuen Stellen. Dem stehen 13 Schulen in Offenbach gegenüber, die Ganztagsangebote einrichten oder erweitern wollen. Das Bild des sprichwörtlichen Tropfens auf den heißen Stein ist hier wahrhaft keine Übertreibung. Auf der Strecke bleibt die Forderung nach höheren Bildungschancen für die Kinder durch eine veränderte Schule, die auch den Bedürfnissen der Eltern gerecht wird.

SPD-Initiative für verlässliche Einnahmen der Kommunen

Die SPD-Landtagsfraktion hat einen Gesetzentwurf zum Kommunalen Finanzausgleich im Landtag eingebracht, der mehr Verlässlichkeit in die Einnahmen der Kommunen bringen soll. Immer wieder kommt es durch die Abhängigkeit von der Konjunkturentwicklung zu schwankenden Einnahmen. Eine Planbarkeit der

Kommunalen Haushalte ist deshalb schwierig. Der Gesetzentwurf zielt darauf, zunächst auf Landesseite eine Steuerung der kommunalen Einnahmen zu erreichen. Die Einrichtung eines Stabilitätsfonds soll sicherstellen, dass die Zuweisungen aus dem Finanzausgleich sich zwischen +1 und +3 Prozent Zuwachs jährlich bewegen. Die Zustimmung der CDU ist unwahrscheinlich – sie langt den Kommunen lieber an jeder Stelle in die Tasche.

Bäumchen wechsele dich im Landtag

Die große Koalition hat auch in Hessen Personalrochaden ausgelöst. Durch den Weggang des Fraktionsvorsitzenden Franz-Josef Jung, des engsten Vertrauten von Roland Koch, ins Verteidigungsministerium hat der Hessische Landesvorsitzende ein strategisches Ziel erreicht. Jung, der durch seinen damaligen Rücktritt aus der Hessischen Landesregierung die dicke Schwarzgeldsuppe für seinen Ministerpräsidenten auslöffelte und danach als Fraktionsvorsitzender der CDU-Landtagsfraktion ihm den Rücken freihielt, bildet zukünftig die bundespolitische Vorhut des Hessischen CDU-Vorsitzenden. Die Suche nach einem Nachfolger in Wiesbaden wurde mit einer Kabinettsumbildung beendet. Mit dem bisherigen Justizminister Christean Wagner als neuem Vorsitzenden der CDU-Fraktion wird der rechtskonservative Flügel der CDU gestärkt – eine Kampfansage auch an die zukünftige Bundeskanzlerin, deren inhaltliche und personelle Zugeständnisse bei den Koalitionsverhandlungen gerade für diesen Teil der Partei schwer zu verdauen sind. Man darf auch in Hessen gespannt sein, wie lange die scheinbare Loyalität zur frischgebackenen Kanzlerin und den Vereinbarungen in Berlin anhält. Dass der Landrat des Hochtaunuskreises Banzer neuer Justizminister wird, hat er sicher auch nicht nur seiner Kompetenz zu verdanken. Durch Beförderung ins Kabinett kann man den lautstarken Kritiker des Kultur-Zwangverbandes à la Koch vielleicht endlich mundtot machen.



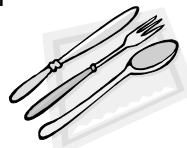
Fürsorglichkeit

Vor der Schließung des alten Landtagsrestaurants wegen der Umbaumaßnahmen im Hessischen Landtag erhielten alle Landtagsabgeordnete und Mitarbeiter/innen nachfolgende Mail des Pressesprechers des Landtags:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

zu Ihrer Information und mit der Bitte um Verständnis: der Hessische Rundfunk wird heute ab ca. 12.00 Uhr Filmaufnahmen im Landtagsrestaurant machen.

Zugesagt wurde, dass niemand beim Essen dennoch, heute vorsorglich mit Besteck zu



gefilmt wird. Ich empfehle speisen!

Mit freundlichen Grüßen“

Wie heißt es immer so schön: Die Politik kontrolliert die Verwaltung.....!

Mit nachdenklichen Grüßen